

# Demokratie ohne Volk

## Plädoyer gegen Staatsversagen, Machtmißbrauch und Politikverdrossenheit

Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knauer Nachf. München 1993  
ISBN 3-426-80021-7

### Inhalt

#### Vorwort

#### I. Parteien und Verbände

1. Politische Parteien
2. Der Einfluß von Interessengruppen auf die Verwaltung.
3. Ist die Kritik an den politischen Parteien berechtigt?

#### II. Staatsversagen - der Staat als Beute?

4. Staatsversagen: Schicksal oder Herausforderung?
5. Grundprobleme der Staatsverschuldung
6. Subventionen
7. Steuerung durch Recht
8. Auswirkungen der Politisierung des öffentlichen Dienstes
9. Der Machtkampf im Schlaraffenland
10. Fesseln für Selbstbediener.
11. Wie man Privilegien erwirbt und Vertrauen verspielt
12. Verdienen Politiker, was sie verdienen?
13. Für Politiker müssen strengere Maßstäbe gelten

#### III. Gegengewichte

14. Die Deutsche Bundesbank - Pfeiler der Demokratie
15. Wirtschaftlichkeit als Kontrollmaßstab des Rechnungshofs

#### IV. Demokratie ohne Volk

16. Entmündigen die Parteien das Volk?
17. Möglichkeiten unmittelbarer Demokratie auf Gemeindeebene
18. Reform der Gemeindeverfassung in Hessen

Abkürzungsverzeichnis

#### Vorwort

Die zunehmende "Politikverdrossenheit" in Deutschland hat die Frage nach Mängeln und Defiziten der Politik immer mehr in den Mittelpunkt der innenpolitischen Diskussion gestellt. Die Beiträge, die ich in den letzten zwölf Jahren in Vorträgen und Aufsätzen zu dieser Thematik geschrieben habe und die dieser Band in mitunter leicht gekürzter Form versammelt, sind damit von neuer Aktualität.

Der zunehmende Verdruss der Bürger und Wähler kommt nicht nur in Umfrageergebnissen, sondern auch darin zum Ausdruck, daß den etablierten Parteien die Mitglieder und Wähler weglauen und sich aus Protest teilweise extremen Parteien zuwenden.

Betrachtet man die Entwicklung der Bundesrepublik seit ihrer Gründung im Jahre 1949, so wird klar, daß die Verdrossenheit der Bürger ganz handfeste Gründe hat, die in unserem politischen System angelegt sind und die der Idee der Demokratie zuwiderlaufen: Die Bürger haben keine Möglichkeit, wirklich ihre Meinung kundzutun; sie werden eher entmündigt. An ihre Stelle sind die politischen Parteien getreten, die aber ihre Funktion als Sprachrohr des Volkes nicht erfüllen. Sie wirken nicht an der politischen Willensbildung mit, sondern beherrschen sie weitgehend und unterlaufen die Gewaltenteilung. Der von ihnen (und den Interessenverbänden, Medien etc.) beherrschte Staat wird in den Augen der Bürger mit den drängenden Problemen der Gegenwart nicht mehr fertig. Dadurch wird den Bürgern ihre politische Ohnmacht erst richtig bewußt, die sie, solange sie mehr Vertrauen in die Politik hatten, noch weniger empfanden. Der Bundespräsident hat das umsichgreifende Unbehagen in die zugespitzte Formulierung gekleidet, die politischen Parteien seien machtversessen auf den Wahlsieg und machtvergessen, wenn es um langfristige konzeptionelles Denken gehe.

Doch darf die Kritik nicht auf Parteien allein beschränkt bleiben. Die Schwäche des Gemeinwohls, die ich 1977 in meinem Buch »Gemeinwohl und Gruppeninteressen« analysiert habe, beruht nicht zuletzt auch darauf, daß die

allgemeinen Interessen durch gut organisierte Partikularinteressen erdrückt werden. Auch die Politiker scheinen oft weniger an »das ganze Volk«, dem zu dienen sie eigentlich gewählt werden, als an Posten und finanzielle Ausbeutung des Staates zu denken. Probleme werden immer öfter auf Kosten der Zukunft »gelöst«, was zum Beispiel in der rasant zunehmenden Staatsverschuldung Ausdruck findet. Die zugrunde liegenden Strukturmängel ließen sich so lange einigermaßen übertünchen, wie die Herausforderungen, denen sich die Gemeinschaft gegenüber sah, aus dem laufenden Wirtschaftswachstum finanziert werden konnten. Doch hat sich die Situation inzwischen grundlegend geändert. Die deutsche Vereinigung und die Entwicklung in Europa stellen uns vor einen Berg von Herausforderungen; zugleich bleibt das Wirtschaftswachstum aus. Gleichwohl ist es bisher nicht gelungen, die an sich erforderliche grundlegende Neuordnung der Prioritäten vorzunehmen.

Als Gegengewicht gegen Strukturmängel des politischen Prozesses sind bestimmte unabhängige Institutionen gedacht, wie die Bundesbank, die Rechnungshöfe, die Rechtsprechung und die Medien. Aber auch diese stehen in Gefahr, immer mehr „gleichgeschaltet“ zu werden. Gegen derartige Verkrustungs- und Mißbrauchsgefahren hilft letztlich wohl nur eins: die Aktivierung des Volkes selbst. Wie sehr das Volk unter der politischen Entmündigung leidet und wie sehr es an wichtigen Entscheidungen teilhaben möchte, was in der Demokratie eigentlich selbstverständlich sein sollte, zeigen neuere Erfahrungen: der Volksentscheid in Hessen, mit dem die Direktwahl der dortigen Bürgermeister und Landräte im Jahre 1991 eingeführt wurde - mit einer Zustimmung von mehr als 80 Prozent -, und die Urwahl des Parteivorsitzenden der SPD im Juni 1993. Auch ausländische Entwicklungen weisen in die gleiche Richtung, so besonders die Volksentscheide in Italien im April 1993, durch die unter anderem ein Mehrheitswahlrecht des Senats eingeführt und die staatliche Parteienfinanzierung aufgehoben wurde. Auch der Siegeszug der Direktwahl der Bürgermeister in Italien (und in Deutschland) gehört in diesen Zusammenhang. Das Volk will Mitverantwortung übernehmen, und seine bisherige Ausklammerung ist ein wesentlicher Grund für die zunehmende Verdrossenheit.

Speyer, im Juli 1993

Hans Herbert von Arnim

*(Die im gedruckten Text vorhandenen Fußnoten konnten aus technischen Gründen nicht übernommen werden.)*